

# EIN DIPLOMATISCHER TSUNAMI?

---

ALEX FEUERHERDT – VORTRAG IN FREIBURG, 11. SEPTEMBER 2011

## Zum Einstieg

Mitte Mai veröffentlichte die amerikanische Tageszeitung New York Times unter der Überschrift „Der längst überfällige palästinensische Staat“ einen Gastbeitrag, der mit den folgenden pathetischen Worten anheb: „Vor 63 Jahren wurde ein 13jähriger palästinensischer Junge gezwungen, sein Zuhause in der galiläischen Stadt Safed zu verlassen und mit seiner Familie nach Syrien zu fliehen. Dort fand er, wie alle ankommenden Flüchtlinge, Schutz in einem Zelt. Obwohl der Junge und seine Familie sich jahrzehntelang nichts sehnlicher wünschten, als in ihre Heimat zurückzukehren, wurde ihnen dieses grundlegendste aller Menschenrechte verweigert. Die Geschichte dieses Kindes, die die Geschichte so vieler Palästinenser ist, ist meine.“ Sie sei, so heißt es in dem Beitrag weiter, letztlich eine Folge der Entscheidung der UN-Generalversammlung vom November 1947 gewesen, „unser Heimatland in zwei Staaten zu teilen“, denn „kurz darauf vertrieben die zionistischen Truppen die palästinensischen Araber, um eine jüdische Mehrheit im künftigen Staat Israel herzustellen, woraufhin die arabischen Armeen intervenierten“. Doch nun gebe es „für das palästinensische Volk einen Anlass zur Hoffnung“, denn im September werde bei den Vereinten Nationen „die internationale Anerkennung des Staates Palästina“ beantragt werden.

Der Autor dieser Zeilen war kein Geringerer als Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), und sein Beitrag machte nicht nur seine Prioritäten und Ziele noch einmal deutlich, sondern auch das damit verbundene Geschichtsbild, in dem die Palästinenser ausschließlich als Opfer bössartiger Mächte vorkommen. Das gesamte israelische Staatsgründungsprojekt wird demnach als Unterfangen betrachtet, das von vornherein auf die Vertreibung der palästinensischen Araber von ihrer Scholle gezielt und die arabischen Armeen gewissermaßen zur Notwehr gezwungen habe. Kein Wort verlor Abbas zu den antisemitischen Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung Palästinas in den 1920er und 1930er Jahren, kein Wort zur Kollaboration des Großmuftis von Jerusalem mit den Nationalsozialisten, kein Wort zu den Aktivitäten arabischer Terrorgruppen, kein Wort zu den Hunderttausenden Juden, die aus arabischen Staaten vertrieben wurden, ohne jemals ein „Recht auf Rückkehr“ einzufordern, kein Wort zu den arabischen „Bruderstaaten“, die die Palästinenser

---

stets nur als Manövriermasse in ihrem Krieg gegen Israel betrachteten und ihnen die Integration sowie zahllose Bürgerrechte verweigerten. Und erst recht kein Wort verlor er dazu, dass die palästinensische Führung – und mit ihr fast alle arabischen Staaten – bis heute nicht bereit ist, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Zwar will Abbas seinem Beitrag zufolge ein Palästina „in den Grenzen von 1967“, doch sein eng mit ihm verbundener Berater Nabil Shaath stellte im Juli gegenüber dem arabischen Fernsehsender Arabic News Broadcast klar: „Die Geschichte mit den ‚zwei Staaten für zwei Völker‘ meint, dass es hier ein palästinensisches Volk gibt und dort ein jüdisches. Das aber werden wir niemals akzeptieren.“

Darüber hinaus ist es bemerkenswert, was Mahmud Abbas sich von der einseitigen Ausrufung eines palästinensischen Staates in erster Linie verspricht: „Die Anerkennung Palästinas durch die Uno würde den Weg für eine Internationalisierung des Konflikts bereiten – nicht nur in politischer, sondern auch in rechtlicher Hinsicht“, schrieb er in der New York Times weiter. „Außerdem bekämen wir so die Möglichkeit, Israel vor den Vereinten Nationen, vor für die Menschenrechte zuständigen Instanzen und vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu verklagen.“ Es geht Abbas und seiner PA also augenscheinlich weniger um die – vermeintlichen oder tatsächlichen – Vorzüge der Eigenstaatlichkeit für die palästinensische Bevölkerung, sondern vor allem darum, Israel so nachhaltig wie möglich zu schaden.

Und die Chancen darauf stehen nicht schlecht: Zwar würde ein Gang der Palästinenser vor den UN-Sicherheitsrat voraussichtlich mit einem Veto der USA enden, doch in der Generalversammlung der Uno dürften sie gute Aussichten haben, die nötige Zweidrittelmehrheit für ihr Anliegen zu erreichen. Damit würden sie zwar nicht zu einem Vollmitglied der Vereinten Nationen – denn dazu bedürfte es einer Empfehlung des Sicherheitsrates –, sondern sie erhielten lediglich den Status eines „Beobachterstaates“ (wie ihn beispielsweise der Vatikan besitzt). Doch bereits das könnte für Israel jenen „diplomatischen Tsunami“ zur Folge haben, den nicht nur der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak befürchtet. Denn es steht nicht zu erwarten, dass die PA für ihren offenen Bruch mit den Osloer Verträgen – die eine palästinensische Staatsgründung auf der Grundlage von Verhandlungen vorsehen – kritisiert werden wird; auch das im Mai geschlossene Bündnis zwischen der Fatah und der terroristischen Hamas wird vermutlich kein Thema sein. Vielmehr dürfte der internationale Druck auf die israelische Regierung, die die palästinensischen Pläne ablehnt und weiter auf Verhandlungen setzt, noch stärker werden als bisher schon – inklusive Boykottaufrufen, Großdemonstra-

tionen und Versuchen, israelische Politiker und Militärs vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen und dort verurteilen zu lassen. In den palästinensischen Gebieten selbst könnte es zu gewalttätigen Aufmärschen kommen, zu erneuten Versuchen, die Grenzen zu Israel zu stürmen (wie bereits im Mai dieses Jahres – dazu gleich mehr), und zu Raketenangriffen aus dem Gazastreifen. Manche Israelis befürchten sogar eine dritte „Intifada“.

Israel ist derweil bemüht, die zu erwartende Zweidrittelmehrheit bei einer Abstimmung in der UN-Generalversammlung zu verhindern. Die Ablehnung des palästinensischen Antrags durch die USA, Kanada und Australien gilt als sicher; zudem wird erwartet, dass die europäischen Mitgliedsländer Deutschland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Slowakei mit „nein“ stimmen. Da in der Generalversammlung das Prinzip „one man, one vote“ gilt – weshalb die Stimmen kleinerer Staaten genauso viel zählen wie die der großen –, umwirbt Israel zudem Länder wie die europäischen Zwergstaaten Andorra, Monaco, Liechtenstein und San Marino, die mittelamerikanischen Staaten Panama und Costa Rica, Karibikländer wie Haiti, Jamaika, die Bahamas, Barbados, St. Lucia und Antigua sowie pazifische Inselstaaten wie Kiribati und Vanuatu. So skurril dieses Vorgehen anmuten mag, so deutlich zeigt es auch, wie schwierig und verzweifelt die israelische Suche nach Verbündeten in einer mehrheitlich antiisraelisch gesinnten Welt ist.

### **Propagandistische Bedrohung**

Eine Art Vorgeschmack darauf, was der jüdische Staat nach der einseitigen Ausrufung eines palästinensischen Staates zu gewärtigen hat, boten die Ereignisse, die sich am 15. Mai an den Grenzen Israels zu Syrien, dem Libanon und dem Gazastreifen abspielten: Mehrere tausend Palästinenser versuchten – teilweise erfolgreich –, auf israelisches Territorium vorzudringen; daraufhin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, an deren Ende etwa 20 Tote und rund 200 Verletzte, darunter 13 israelische Soldaten, zu Buche standen. Das Datum der Grenzerstürmungen war dabei nicht zufällig gewählt: Sie fanden am alljährlichen „Tag der Nakba“ statt, wobei mit „Nakba“ – dem arabischen Wort für „Katastrophe“ – die israelische Staatsgründung von 1948 und die angebliche gezielte Vertreibung von Teilen der autochthonen arabischen Bevölkerung gemeint ist. In der Regel kommt es am Jahrestag dieses Ereignisses „nur“ zu antiisraelischen Protestkundgebungen vor allem in den palästinensischen Gebieten und Israels Nachbarstaaten; diesmal jedoch gingen die Demonstranten im Wortsinne deutlich

weiter, indem sie den Versuch unternahmen, die Grenzen zum jüdischen Staat zu überrennen – und auf diese Weise ihr vermeintliches „Recht auf Rückkehr“ schon einmal symbolisch durchzusetzen.

Für den jüdischen Staat waren diese kollektiven Grenzerstürmungen ein wahrer Alptraum. Auf Angriffe durch terroristische Organisationen ist man in Israel vorbereitet, doch die massenhafte Infiltration seitens so genannter palästinensischer Flüchtlinge stellte eine neue und gänzlich andere Herausforderung dar. Dabei steht es außer Frage, dass diese Aktivitäten vom syrischen Regime, von der Hizbollah und von der Hamas mindestens gebilligt, wenn nicht sogar initiiert wurden – mit dem Ziel, die israelische Armee zu einer Reaktion zu zwingen, die anschließend propagandistisch ausgeschlachtet werden kann: Hätte das Militär die als „friedliche Demonstranten“ getarnten Rollkommandos gewähren lassen, wäre der Sturm als erfolgreicher Etappensieg gegen Israel gewertet worden; dass es nun Tote und Verletzte gab, führte wiederum zu dem (unvermeidlichen) Vorwurf, die Israelis hätten „ein Massaker an unschuldigen Zivilisten“ begangen.

Zwar wussten der israelische Geheimdienst und die Armee von den bevorzugt über die Netzwerke Facebook und Twitter verbreiteten Aufrufen, die Grenzen zum jüdischen Staat zu überrennen; dennoch verzichtete man auf eine Verstärkung der Grenztruppen. Insbesondere setzte die Armeeführung darauf, dass Syrien keinen Konflikt an der Grenze zu Israel riskieren würde, wo es seit dem Entflechtungsabkommen nach dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 vergleichsweise ruhig geblieben war. Eine Fehleinschätzung, wie sich zeigen sollte – denn Syriens Präsident Bashar al-Assad nutzte die Gelegenheit, von den schweren Unruhen im Land abzulenken, indem er die Grenzstreitigkeiten mit Israel bewusst schüren ließ. Einen weiteren Grenzerstürmungsversuch durch einige hundert in Syrien lebende Palästinenser gab es übrigens Anfang Juni am Jahrestag des israelischen Sieges im Sechstagekrieg, und erneut war die Menge nur durch den Einsatz des israelischen Militärs zu stoppen.

Mehr und mehr gesellt sich zu der militärischen Bedrohung des jüdischen Staates also eine propagandistische. Die Hizbollah hat ihre Niederlage im Libanonkrieg vor fünf Jahren verdaut und ihr Waffenarsenal längst wieder aufgestockt; die Hamas profitiert von der zeitweiligen Öffnung der ägyptischen Grenzübergänge zum Gazastreifen, die den weitgehend ungehinderten Nachschub mit Geld und Waffen sichert. Hinzu kommt nun eine erhebliche Intensivierung des Versuchs, Israel als aggressive Macht erscheinen zu lassen, die den in den Protes-

ten geäußerten Wunsch friedliebender Palästinenser nach mehr Freiheiten (und einem eigenen Staat) brutal unterjochte, sich also einer Demokratisierung des Nahen Ostens mit Gewalt widersetze.

Dabei waren die – versuchten und vollendeten – Grenzüberschreitungen am „Tag der Nakba“ nicht einfach nur ein Protest gegen eine angebliche Unterdrückung; vielmehr zielten sie auf nicht weniger als die Existenz Israels. Schließlich verbindet der Begriff „Nakba“ die israelische Staatsgründung unmittelbar mit der vermeintlich gezielten Vertreibung der arabischen Ureinwohner Palästinas von ihrer *heimischen Scholle*, wodurch Israel *per se* als unrechtmäßig erscheinen soll. Doch „nicht die Gründung des Staates Israel schuf das Flüchtlingsproblem, sondern der Krieg der Araber gegen die Gründung des jüdischen Staates“, wie der israelische Publizist und Politikwissenschaftler Shlomo Avineri befand. „Hätten die Palästinenser und die arabischen Staaten den Teilungsbeschluss [der Vereinten Nationen] akzeptiert, wäre Palästina schon seit 1948 ein unabhängiger Staat, und das Problem der Flüchtlinge hätte nie existiert.“ Die „Nakba“, so Avineri weiter, sei kein Unglück gewesen, sondern vielmehr „das Ergebnis einer militärischen und politischen Niederlage, die von politischen Entscheidungen herrührt, für die es Verantwortliche gab“.

Auch von einer systematischen Vertreibung kann keine Rede sein; vielmehr verließ ein erheblicher Teil der arabischen Bevölkerung den neuen Staat seinerzeit auf Geheiß der arabischen Regierungen, die einen triumphalen Sieg über das von der Uno legitimierte Israel und die Rückeroberung des Gebietes angekündigt hatten. Darüber hinaus unterschlägt der Terminus „Nakba“ bewusst, dass es bereits vor der Deklaration des israelischen Staates – wie zu Beginn dieses Vortrags bereits angedeutet – arabische Pogrome gegen die jüdischen Bevölkerung Palästinas gab, dass nach der Staatsgründung rund 850.000 Juden aus arabischen Staaten fliehen mussten – und nicht zuletzt, dass den Flüchtlingen und ihren Nachkommen in den arabischen Ländern bis heute die entsprechende Staatsbürgerschaft vorenthalten und die Integration in die jeweilige Gesellschaft verweigert wird, weil die arabischen Führer an ihrer antisemitischen Vision von einer Rückkehr in ein von den Juden „befreites“ Palästina festhalten.

## Die „Grenzen von 1967“

Vier Tage nach den Ereignissen am „Tag der Nakba“ – die einen weiteren Schritt beim Versuch, Israel zu delegitimieren, bedeuteten – hielt der amerikanische Präsident Barack Obama bekanntlich eine Grundsatzrede zum Thema Nahost, die bei der israelischen Regierung für reichlich Verstimmung sorgte. Zwar sprach Obama sich gegen die einseitige Ausrufung eines palästinensischen Staates aus, kritisierte vorsichtig das Bündnis zwischen der Fatah und der terroristischen Hamas und pries die „tiefe Freundschaft“ zwischen den USA und dem jüdischen Staat. Doch forderte er auch einen Rückzug Israels auf „die Linien von 1967“ – und das war ein Novum, denn bislang hatten amerikanische Präsidenten eine explizite Formulierung dieses Ansinnens stets vermieden. In seiner Rede vor dem US-Kongress widersprach der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu dann auch entschieden: Zwar bekenne er sich wie seine Amtsvorgänger zu einer Zweitstaatenlösung, doch „über die genaue Grenzziehung“ müsse „verhandelt werden“, sagte er. Man werde „sehr großzügig in Bezug auf die Größe eines zukünftigen palästinensischen Staates sein“, fuhr Netanyahu fort; Israel werde jedoch „nicht zu den nicht zu verteidigenden Grenzen von 1967 zurückkehren“, denn dann wäre das Land „nur 90 Meilen breit“, und Raketen könnten von palästinensischem Territorium aus „nahezu jedes Haus in Israel in weniger als einer Minute erreichen“.

Was dem israelischen Premierminister nicht zuletzt in deutschen Medien geharnischte Kritik einbrachte, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine so verständliche wie legitime Position. Schon der Terminus „Grenzen von 1967“ ist höchst problematisch und irreführend, denn es gab nie einen palästinensischen Staat und demzufolge auch keine Grenzen im herkömmlichen Sinne. Vielmehr handelt es sich um – eher zufällige – Waffenstillstandslinien, die sich am Ende des arabisch-israelischen Krieges von 1948/49 ergeben hatten. Jordanien hatte während dieses Krieges das Westjordanland sowie Ostjerusalem besetzt, doch erst als Israel diese Gebiete infolge des Verteidigungskrieges Anfang Juni 1967 unter seine Kontrolle gebracht hatte, erhob die 1964 gegründete PLO Ansprüche auf sie (sowie auf den zuvor von Ägypten verwalteten Gazastreifen) und auf die Gründung eines palästinensischen Staates. Israel bot noch im selben Jahr Verhandlungen über die Rückgabe der Westbank im Rahmen eines Friedensvertrages an; die arabischen Staaten lehnten dies auf der Konferenz im sudanesischen Khartum jedoch ab, da sie den jüdischen Staat weder anerkennen noch mit ihm verhandeln oder gar Frieden schließen wollten. Verschiedene israelische Regierungen bekundeten an-

schließlich in Friedensverhandlungen ihre Bereitschaft, den bei weitem größten Teil des Westjordanlandes zu räumen und einen palästinensischen Staat zu akzeptieren, doch sämtliche palästinensischen Führungen ließen die Gespräche notfalls in letzter Minute platzen, weil ihr Ziel keine Zweistaaten-, sondern eine Kein-Staat-Israel-Lösung war und blieb.

Angesichts dessen ist es begreiflich, dass die israelische Regierung – zumal nach dem Pakt zwischen der Fatah und der Hamas, der Ankündigung einer unilateralen Staatsgründung und den jüngsten Grenzverletzungen – keine Neigung verspürt, der Forderung nach einem Rückzug auf die „Grenzen von 1967“ als *conditio sine qua non* nachzukommen. „Israel ist bereit, sich heute hinzusetzen und mit der Palästinensischen Autonomiebehörde über Frieden zu verhandeln“, sagte Benjamin Netanyahu vor den amerikanischen Kongressabgeordneten, „aber Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, die von der palästinensischen Version al-Qaidas“ – womit die Hamas gemeint war – „gestützt wird“. Also lautete sein Appell an Mahmud Abbas: „Zerreißen Sie Ihren Vertrag mit der Hamas! Setzen Sie sich hin, und verhandeln Sie! Machen Sie Frieden mit dem jüdischen Staat! Und wenn Sie das tun, verspreche ich folgendes: Israel wird nicht das letzte Land sein, das einen palästinensischen Staat als neues Mitglied der Vereinten Nationen willkommen heißt. Es wird das erste Land sein, das dies tut.“ Doch selbst damit, soviel ist sicher, wären die Palästinenser nicht zufrieden zu stellen – schon gar nicht die Hamas, die an ihrem Ziel, den jüdischen Staat eines Tages zu vernichten, unbeirrt festhält.

Der Weg zurück an den Verhandlungstisch scheint unterdessen immer unwahrscheinlicher zu werden, auch wenn die amerikanische Regierung und verschiedene europäische Regierungen, darunter die deutsche, genau das fordern und Mahmud Abbas kundtat: „Wir wollen keine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten, sondern eine Einigung. Wir wollen uns mit Amerika und Europa abstimmen.“ Doch die palästinensische Entscheidung für eine einseitige Staatsausrufung ist allem Anschein nach unwiderruflich. Und das, obwohl die unmittelbaren Konsequenzen für die Palästinenser drastisch ausfallen dürften: Die zuletzt intensiviert und fruchtbare Zusammenarbeit der Palästinensischen Autonomiebehörde mit Israel in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit könnte deutlich zurückgefahren werden oder gar ganz zum Erliegen kommen; schon jetzt hat die israelische Regierung Gelder eingefroren, die für die PA bestimmt sind. Auch die internationalen Zuwendungen an die Palästinenser – etwa von Seiten der USA und auch der EU – dürften merklich schrumpfen. Und dass der palästinensische Au-

ßenhandel, dessen Volumen bisher zu einem großen Teil von den Exporten nach Israel bestimmt wurde, von der arabischen Welt aufgefangen wird, darf zumindest bezweifelt werden.

Zudem wird sich Israel kaum verpflichtet fühlen, weiterhin Tausende Tonnen an Waren in den Gazastreifen zu liefern. Die israelischen Regierungen haben spätestens seit dem Beginn der Oslo-Friedensprozesses auf eine Verhandlungslösung gesetzt, die von den palästinensischen Führungen jedoch notfalls in letzter Minute sabotiert wurde; sie haben von ihnen Sicherheitsgarantien gefordert, die sie nicht zu gewähren bereit waren. Nun droht auch noch eine weitergehende „Internationalisierung des Konflikts“ – das heißt, es wird mit diplomatischen Mitteln fortgesetzt, was für die Palästinenser militärisch bislang nicht zu erreichen war: eine Zermürbung des jüdischen Staates im Verbund mit einer Dämonisierung und Delegitimierung Israels (was eine dritte „Intifada“ gleichwohl nicht ausschließt). Und dazu ist die PA bereit, sämtliche Fortschritte, die es unter der Führung des palästinensischen Premierministers Salam Fayyad in den vergangenen Jahren gegeben hat, über Bord zu werfen. Auf diese Fortschritte möchte ich nun kurz zu sprechen kommen.

### **Waffen oder Wohlstand?**

Zunächst ein kurzer Rückblick. Als das Aspen Institute of Humanistic Studies, ein amerikanischer Think-Tank, Anfang Juli 2009 ein „Festival der Ideen“ ausrichtete, lud es auch Salam Fayyad ein. Und der wartete mit einer Überraschung auf, als er sagte: „Wenn Juden in einem palästinensischen Staat leben wollen, warum sollten sie dort dann nicht so behandelt werden wie arabische Israelis in Israel?“ Man solle sie ihre Repräsentanten ins Parlament wählen lassen, fuhr Fayyad fort, ihnen Religions- und Redefreiheit gewähren und es ihnen ermöglichen, „nachts ohne die Sorge schlafen zu gehen, dass ihnen jemand die Tür eintritt und sie umbringt“.

Ein halbes Jahr später nahm Fayyad in der 26 Kilometer südwestlich von Nablus gelegenen palästinensischen Kleinstadt Salfit an einer Demonstration teil. Dort warf er gemeinsam mit einigen Einwohnern Waren ins Feuer, die in israelischen Siedlungen im Westjordanland hergestellt und in palästinensischen Geschäften zum Verkauf angeboten worden waren. Einen Monat zuvor hatte die Palästinensische Autonomiebehörde zu einem generellen Boykott von Erzeugnissen aus israelischen Siedlungen aufgerufen. Der palästinensische Wirtschaftsminis-

ter Hassan Abu Libdeh sagte, man habe bereits Waren im Wert von einer Million Dollar konfisziert und wolle im Laufe des Jahres 2010 dafür sorgen, dass sich in palästinensischen Ländern kein einziges Produkt aus den Siedlungen mehr befindet.

Um die – vermeintlichen oder tatsächlichen – Widersprüche noch ein bisschen zu intensivieren, sei auf die Tatsache hingewiesen, dass nicht wenige Palästinenser in israelischen Siedlungen arbeiten. Nach israelischen Angaben sind es insgesamt 25.000; alleine 12.000 davon sind auf Baustellen tätig, wie die PA gezählt hat. In den Siedlungen verdienen sie bis zum Dreifachen des Gehalts, das ihnen vergleichbare palästinensische Arbeitgeber zahlen. Dem für die israelische Tageszeitung Jerusalem Post arbeitenden Journalisten Khaled Abu Toameh zufolge geht es dabei vielen wie Ibrahim Abu Tair, einem Vater von acht Kindern, der südwestlich von Jerusalem lebt. „Wir tun nichts Falsches“, sagte er zu Abu Toameh, „wir sind weder Kollaborateure noch Terroristen, wir wollen bloß arbeiten.“ Während der ersten „Intifada“ im Jahr 1987 habe es palästinensische Gruppierungen gegeben, die mit Drohungen und körperlicher Gewalt versucht hätten, Palästinenser von der Arbeit in den Siedlungen abzuhalten. Doch die „Führer der Intifada“, so Abu Tair weiter, hätten irgendwann erkannt, dass es einen „Bumerang-Effekt“ zur Folge haben könnte, wenn sie die Arbeiter um ihre Lebensgrundlage bringen, und die Beschäftigung in den Siedlungen daher wieder erlaubt. Diese Erlaubnis gilt auch heute noch.

### **Zur Lage im Gazastreifen...**

Nach den blutigen Zusammenstößen zwischen der Hamas und der Fatah im Sommer 2007 teilten sich die palästinensischen Autonomiegebiete bekanntlich: Während der Gazastreifen unter die uneingeschränkte Herrschaft der Terrororganisation Hamas geriet, übernahm im Westjordanland die Fatah die alleinige Kontrolle. Diese politischen Ereignisse hatten auch Folgen für die ökonomische Situation hier wie dort: Weil die Hamas weiterhin auf die Vernichtung des jüdischen Staates setzt, ist Israel genötigt, Einfuhren in den Gazastreifen sorgsam auf Waffen und anderes Kriegsgeschütz zu kontrollieren, bevor die unbedenklichen Güter auf dem Landweg weitertransportiert werden. Dennoch ist die Grundversorgung der Bevölkerung im Gazastreifen sichergestellt; von einer Hungersnot kann genauso wenig die Rede sein wie von der viel beschworenen humanitären Katastrophe – das hat kürzlich auch das Rote Kreuz sehr deutlich gemacht. Pro Woche bringen etwa 1.250 israelische Lkws rund 34.000

---

Tonnen an Gütern in den Gazastreifen; im Jahr 2009 ergab sich eine Jahresgesamtmenge von rund 500 Kilogramm pro Kopf – Tendenz steigend. Die Hamas verteilt die Güter allerdings extrem ungerecht und ist nicht nur für eine Günstlings-, sondern außerdem für eine Schattenwirtschaft verantwortlich, die viele Bewohner des Gazastreifens in den Ruin treibt.

### **...und in der Westbank**

Wie aber sieht es im Westjordanland aus, politisch wie ökonomisch? Um sich einer Antwort auf diese Frage zu nähern, sei zunächst einmal ein kleiner Rückblick auf die Zeit seit der faktischen Zweiteilung der palästinensischen Autonomiegebiete gestattet. Mahmud Abbas, der Präsident der PA, hatte am 15. Juni 2007 den der Hamas angehörenden Premierminister Ismail Haniya für abgesetzt erklärt und Finanzminister Salam Fayyad mit der Führung einer Notstandsregierung beauftragt. Am 7. März 2009 trat diese Notstandsregierung zurück, um den Weg für eine Einheitsregierung unter Beteiligung von Fatah und Hamas freizumachen. Nachdem jedoch insgesamt fünf Verhandlungsrunden unter der Vermittlung Ägyptens gescheitert waren, wurde Fayyad am 19. Mai 2009 mit dem Posten des Premierministers betraut.

Der heute 59jährige Fayyad hat eine bemerkenswerte Biografie: Er erwarb 1975 ein Ingenieurdiplom an der Amerikanischen Universität in Beirut, legte 1980 seinen Master of Business Administration an der St.-Edward's-Universität ab und promovierte in Austin (Texas) zum Wirtschaftswissenschaftler. Er arbeitete bei der Federal Reserve Bank in St. Louis, als Dozent an der Yarmuk-Universität in Jordanien, von 1987 bis 1995 bei der Weltbank in Washington und von 1995 bis 2001 in Jerusalem als palästinensischer Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Jahr 2002 wurde er von der regierenden Fatah als parteiloser Wirtschaftswissenschaftler zum Finanzminister berufen. 2005 schied er aus dem Amt aus; später gründete er die kleine „Partei des Dritten Weges“, die eine Alternative zum Zweiparteiensystem aus Fatah und Hamas sein will.

Im August des Jahres 2009 schließlich veröffentlichte Fayyad ein Papier, das einen Plan für den Aufbau der Infrastruktur und der Institutionen eines zukünftigen palästinensischen Staates enthielt. Dazu zählte der Premierminister unter anderem: die Errichtung von Regierungsgebäuden, die Schaffung einer Börse und eines freien Marktes, den Bau eines Flughafens und die Etablierung einer Gewaltenteilung. Als Hauptgrundsätze führte er an: 1. eine starke und

stabile Sicherheitspolitik, 2. „good governance“ (also eine verantwortungsbewusste Regierungsführung) und 3. ein starkes und stabiles Wirtschaften. Bei seinen Überlegungen ging Fayyad davon aus, dass bislang weder Gewalt noch Verhandlungen zur Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates geführt haben. Diesen Staat wollte er deshalb unilateral Wirklichkeit werden lassen; als Zeitpunkt nannte er den August 2011. (Mahmud Abbas schloss sich diesem Vorhaben erst später an, doch dazu gleich etwas mehr.)

Anders als andere palästinensische Politiker stellt Fayyad durchaus nicht permanent die angebliche Opferrolle der Palästinenser in den Mittelpunkt, und er trat bislang in der Regel auch nicht mit für Israel unerfüllbaren Maximalforderungen auf. Er verurteilt antiisraelische Gewalt als „kontraproduktiv“ und besteht auch nicht auf dem so genannten Rückkehrrecht der palästinensischen „Flüchtlinge“, sondern will die Betroffenen in einem künftigen palästinensischen Staat ansiedeln. Vor allem aber wollte Fayyad – und auch das unterscheidet ihn wesentlich von den meisten anderen palästinensischen Politikern – funktionierende staatliche und wirtschaftliche Strukturen schaffen. Faktisch hatte er damit dem zutiefst korrupten Bandensystem, das die Westbank bislang beherrscht hat, den Kampf angesagt.

Interessanterweise korrespondiert Fayyads Konzept in mancherlei Hinsicht mit der Linie, die Israels Premierminister Benjamin Netanyahu seit seinem Amtsantritt im März 2009 verfolgt. Netanyahu hatte deutlich gemacht, dass er nicht grundsätzlich gegen eine Zweistaatenlösung ist, die Gründung eines palästinensischen Staates aber nur am Ende eines Prozesses stehen könne, der stabile politische und ökonomische Strukturen in den Autonomiegebieten genauso hervorbringt wie Garantien für Israels Sicherheit. Im Folgenden soll nun geprüft werden, wie sich Fayyads Pläne entwickelt haben beziehungsweise was aus ihnen geworden ist (respektive zu werden droht).

## **Sicherheit**

Dabei sei zunächst ein Blick auf das Thema Sicherheit geworfen. Im Februar 2010 sprach Salam Fayyad auf der Konferenz des israelischen Institute for Policy and Strategy in Herzliya, bei der jedes Jahr unter anderem der israelische Staatspräsident, der Premierminister und der Generalstabschef der Armee sowie weitere hochrangige Politiker und Militärs zusammenkommen, um sich über Fragen der Sicherheit und Politik zu verständigen. Israels Staatspräsi-

---

dent Shimon Peres verglich Fayyad nach dessen Rede geradezu euphorisch mit dem israelischen Staatsgründer David Ben-Gurion. Das mag sehr weit gegriffen sein, aber es zeigt die Wertschätzung, die der palästinensische Premierminister bei führenden israelischen Politikern genießt. Und tatsächlich waren Fortschritte in Bezug auf die Ausbildung und das Vorgehen der palästinensischen Sicherheitskräfte unverkennbar. Im Jahr 2009 gab es rund 1.300 Einsätze, die israelische und palästinensische Sicherheitseinheiten gemeinsam unternahmen; das bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 72 Prozent. Etliche dieser Einsätze richteten sich dabei gegen gewalttätige palästinensische Gruppierungen. So wurden beispielsweise gemeinsam die terroristischen Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden – der bewaffnete Arm der Fatah also – weitgehend entwaffnet; zudem gab es mehrere harte Schläge gegen den Islamischen Dschihad. Darüber hinaus wurden Einrichtungen der Hamas zerstört und ihre militärischen Aktivitäten im Westjordanland weitgehend zum Erliegen gebracht. Dem israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet zufolge haben die israelisch-palästinensischen Joint Ventures die Zahl der Angriffe gegen Israelis in der Westbank und in Ostjerusalem auf den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000 reduziert. Mouna Mansour, ein hochrangiger Hamas-Funktionär, konnte das bestätigen: „Die Palästinensische Autonomiebehörde hatte mehr Erfolg beim Ausschalten der Hamas in der Westbank als die Israelis.“

Die palästinensischen Sicherheitskräfte gingen in der jüngeren Vergangenheit häufig gegen Palästinenser vor, die antiisraelische Aktivitäten entfalteten. Deutlich wurde das nicht zuletzt während der israelischen Militärschläge im Gazastreifen Ende 2008, Anfang 2009, als Sicherheitseinheiten Moscheen umstellten, junge Männer davon abhielten, sich israelischen Checkpoints zu nähern, Demonstranten festnahmen, die Pro-Hamas-Parolen riefen, und Kundgebungen teilweise mit Gummiknüppeln, Pfefferspray und Tränengas auflösten. Barak Ben-Zur, ein hochrangiger Berater von Shin Bet, sagte: „Es gab in israelischen Städten mit überwiegend arabischer Bevölkerung mehr Protestdemonstrationen gegen unsere Militärschläge als im Westjordanland. Dank der palästinensischen Sicherheitskräfte war es dort völlig ruhig.“ Und Israels Außenminister Avigdor Lieberman berichtete, Mahmud Abbas persönlich habe die israelische Regierung gebeten, mit ihren Maßnahmen gegen die Hamas fortzufahren.

Im Zentrum der von Salam Fayyad initiierten Sicherheitsreformen standen mehrere Spezialbataillone der Nationalen Sicherheitsstreitkräfte. Bei diesen Bataillonen handelt es sich um

---

eine 8.000 Mitglieder umfassende, mit polizeilichen Befugnissen ausgestattete Einheit, die der größte Bestandteil der insgesamt 25.000 Mann starken bewaffneten palästinensischen Streitkräfte in der Westbank ist. Zuständig und verantwortlich für das Training, die Ausrüstung und die Strategie der Spezialbataillone war bis zu seiner Pensionierung im Oktober 2010 Lieutenant General Keith Dayton, der Sicherheitskoordinator der Vereinigten Staaten für Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde. Unter seiner Supervision bekamen die palästinensischen Einsatzkräfte eine fünfmonatige Ausbildung in Jordanien; unter Daytons Federführung entstanden in Hebron, Jenin, Jericho und Ramallah zudem Schulungszentren, Sicherheitshauptquartiere und Einrichtungen des Innenministeriums. Die amerikanische Regierung unterstützte die „Dayton-Mission“ mit mehreren hundert Millionen Dollar und qualifiziertem Personal. Michael B. Oren, der israelische Botschafter in den USA, sagte im Spätsommer des vergangenen Jahres: „Das einzig wirklich brauchbare Modell, um Fortschritte zu erzielen, ist das, was General Dayton in Sicherheitsbelangen und anderen Bereichen der palästinensischen Regierung und Gesellschaft unternimmt.“ Dayton tat dies seit 2005, wobei er nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 den Schwerpunkt seiner Tätigkeit zunächst verlagerte: Er stoppte damals die Reformen des palästinensischen Sicherheitsapparats und war vor allem damit beschäftigt, dessen Übernahme durch die Gotteskriegertruppe zu verhindern. Daytons Nachfolger wurde im Herbst 2010 Lieutenant General Michael Moeller, der jedoch weit weniger Präsenz und Entschlossenheit zeigt als sein Vorgänger.

## **Wirtschaft**

Und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Westbank, seitdem Salam Fayyad im Juni 2007 die Regierungsgeschäfte übernommen hat. Bis heute wurden über 1.000 neue Entwicklungsprojekte ins Leben gerufen; dazu gehören der Straßen- und Häuserbau, das Pflanzen von Bäumen und der Bau von Brunnen. Zudem liegen Pläne vor, die unter anderem den Neubau und die Renovierung von Krankenhäusern, Schulen, Gerichtsgebäuden und Industrieparks vorsehen. In diesem Zusammenhang sind einige Zahlen recht aufschlussreich, die teilweise auf Angaben der im Mai 2009 gegründeten Israelisch-palästinensischen Industrie- und Handelskammer zurückgehen und teilweise auf Berichte des Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank.

- *Bruttoinlandsprodukt*: Steigerung um etwa acht Prozent im Jahr 2010 gegenüber 2009 und um etwa 8,5 Prozent im Jahr 2009 gegenüber 2008. Dafür hat vor allem der öffentliche Sektor gesorgt; im privaten Sektor ist die Steigerung bislang deutlich geringer.
- *Beschäftigung*: Die Arbeitslosigkeit lag Ende 2010 bei rund 17 Prozent und sank damit gegenüber 2008 um etwa zwei Prozent. 2002 lag sie noch bei knapp 28 Prozent. Die Zahl der Palästinenser, die in israelischen Siedlungen arbeiten, stieg zwischen 2007 und 2008 um rund zehn Prozent.
- *Wirtschaftswachstum*: Laut Salam Fayyad stieg es in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils etwa acht Prozent; das Nahostquartett (zu dem die USA, Russland, die EU und die Uno gehören) geht sogar von einer bis zu doppelt so hohen Steigerung aus.
- *Ausländische Investitionen*: Sie waren 2009 sechsmal so hoch wie 2008.
- *Exporte nach Israel*: In der ersten Hälfte des Jahres 2009 gab es acht Prozent mehr Ausfuhren in den jüdischen Staat als zum Vergleichszeitpunkt des Jahres 2008. Der Import aus Israel sank gleichzeitig um 9,5 Prozent, wobei infolge der wirtschaftlichen Verbesserungen auch weniger Einfuhren notwendig waren.
- *Handel mit Israel*: Der Handel zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde stieg im Jahr 2008 um 35 Prozent gegenüber dem Jahr 2007.
- *Gehälter*: Sie sind im öffentlichen Sektor höher als im privaten. Im Jahr 2008 betrug die Steigerung des durchschnittlichen Tageslohns gegenüber 2007 rund 24 Prozent; die Steigerung im Jahr 2009 fiel infolge einer heftigen Inflation mit vier Prozent allerdings deutlich geringer aus.
- *Tourismus*: Steigerung der Zahl der Touristen in Bethlehem zwischen 2007 und 2008 um 87 Prozent, in Jericho um 42 Prozent. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor.

Angesichts einer weltweit krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung sind das durchaus bemerkenswerte Zahlen, und vor allem Städte wie Ramallah und Jenin erlebten zuletzt einen regelrechten Boom – nicht nur im ökonomischen, sondern auch im kulturellen Bereich. Ein Aufschwung in der Westbank ist zweifellos unverkennbar, wenngleich die Abhängigkeit von Finanzhilfen internationaler Organisationen noch immer hoch ist. Dennoch nimmt sich die

---

Lage im Vergleich zum Gazastreifen vergleichsweise rosiger aus. Dort beträgt beispielsweise die Arbeitslosigkeit derzeit rund 38 Prozent (bei den jungen Menschen sind es sogar 53 Prozent), und das Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen zehn Jahren um die Hälfte geschrumpft. Israel hat die ökonomische Entwicklung im Westjordanland nach Kräften gefördert, etwa durch den massiven Abbau von Straßensperren und anderen Handelshemmnissen. In einer Reihe von Wirtschaftskonferenzen wurden zudem Pläne entwickelt, um die palästinensische Wirtschaft zu unterstützen und die Infrastruktur, die Industrie, die Landwirtschaft und den inländischen Tourismus zu stärken.

### **Zum Pakt zwischen der Fatah und der Hamas**

Das alles steht nun jedoch wieder in Frage, denn in den letzten Monaten hat sich die palästinensische Führung daran gemacht, die Fortschritte systematisch zu zerstören. Dabei wäre zunächst der Pakt zwischen der Fatah und der Hamas zu nennen, der Anfang Mai in Kairo besiegelt wurde und in Israel scharfe Reaktionen auslöste: „Ich rufe Mahmud Abbas dazu auf, die Übereinkunft mit der Hamas sofort zu annullieren und den Weg des Friedens mit Israel zu wählen“, sagte Israels Premierminister Netanyahu, der das Abkommen als „schweren Schlag für den Friedensprozess“ bezeichnete und fragte: „Wie ist es möglich, Frieden mit einer Regierung zu erlangen, von der die Hälfte zur Zerstörung des Staates Israel aufruft und sogar den Ermörder Osama bin Laden preist?“ Der israelische Außenminister Lieberman schloss sich an: „Mit dieser Übereinkunft ist eine rote Linie überschritten worden“, sagte er.

Dass es überhaupt zu dem – vordergründig überraschenden – Bündnis der Fatah mit der Gotteskriegertruppe gekommen ist, hat wesentlich mit den Umbrüchen in der arabischen Welt zu tun, insbesondere mit denen in Ägypten. Denn während das Regime des gestürzten ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak ganz auf die Fatah setzte, ist die neue Regierung eher der Hamas zugetan – einem Ableger jener Muslimbruderschaft, die ihren Einfluss in Ägypten gerade erheblich ausdehnt. Folgerichtig wurde und wird der bislang verschlossene Grenzübergang nach Gaza von ägyptischer Seite zumindest zeitweise geöffnet; Waffen, Geld und Terroristen können nun wieder weitgehend ungehindert auf palästinensisches Territorium gelangen. Angesichts ihrer schwindenden Macht ließ sich die Fatah auf eine Einigung mit der Hamas ein, bei der Letztere sich in wichtigen Punkten durchsetzen konnte: Mahmud Abbas verzichtet auf die Rückkehr von Fatah-Truppen nach Gaza, während die Hamas nicht nur die

---

Kontrolle über ihre Repressionsorgane behält, sondern in Zukunft womöglich auch in der PLO vertreten sein wird. Zudem sollen mehrere hundert im Westjordanland inhaftierte Hamas-Terroristen freigelassen werden. Da nimmt es nicht wunder, dass der Iran das Bündnis ausdrücklich begrüßt: „Dies ist ein positiver Schritt, um die historischen Ziele der unterdrückten palästinensischen Nation zu erreichen“, erklärte Außenminister Ali Akbar Salehi. Bis zu den palästinensischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – wann immer sie stattfinden werden (der angekündigte Termin im Frühjahr 2012 ist jedenfalls bereits wieder fraglich) – wird eine Übergangsregierung die Geschäfte regeln, was zur Folge haben könnte, dass der vor allem bei der Hamas verpönte Salam Fayyad weichen muss. Doch auch die Fatah duldet Fayyads Politik mehr, als sie wirklich mitzutragen; etliche ihrer zutiefst korrupten Kader fürchteten zum einen um ihre Pfründen, zum anderen ging ihnen die Kooperation mit Israel viel zu weit.

### **Legal, illegal, unilateral**

Fayyads Idee, einseitig einen palästinensischen Staat auszurufen, gefiel ihnen jedoch – nicht *obwohl*, sondern gerade *weil* der palästinensische Premierminister sich in seinem Plan de facto von den Oslo-Prinzipien verabschiedet hatte. Diese Prinzipien schließen jegliches Schaffen von Fakten ohne vorherige Gespräche aus – wozu sowohl eine israelische Annexion des Westjordanlands zählt als auch die unilaterale Ausrufung eines palästinensischen Staates. In Fayyads Papier sucht man jedoch einen Hinweis auf Verhandlungen mit Israel ebenso vergeblich wie Anhaltspunkte dafür, dass der jüdische Staat ein Friedenspartner ist – trotz der geschilderten gute Kooperation zwischen dem Premierminister und der israelischen Regierung.

Israelische Fachkräfte hoben deshalb die Gefahr hervor, die in Fayyads Vorhaben steckt. Die beiden für das Jerusalem Center for Public Affairs (JCPA) tätigen Nahostexperten Dan Dikers und Pinhas Inbari beispielsweise betonten in ihrer Analyse des Fayyad-Plans zwar, dass das Papier als deutliche Kampfansage an die Fatah und ihren Führer Mahmud Abbas verstanden werden müsse und es der erste ernsthafte palästinensische Versuch sei, Maßnahmen zu einer Staatsbildung zu präsentieren. Auch lobten sie ausdrücklich Fayyads Vermeidung jeglicher militärischer Sprache und die moderaten Töne in dem Plan. Dennoch schlossen Dikers und Inbari mit einer Warnung: „Angesichts der wachsenden Spannungen und Machtkämpfe unter den Palästinensern übertreffen die Risiken und Gefahren eines solchen Plans sein Potenzial,

---

die Palästinenser zu einen und den Konflikt mit Israel zu beenden. Fayyads Plan würde darüber hinaus einseitig das diplomatische Paradigma zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und dem Staat Israel von einem rechtlich basierten Verhandlungsprozess in eine unilaterale palästinensische Initiative verwandeln, mit weitreichenden und problematischen rechtlichen, politischen und sicherheitspolitischen Implikationen für Israel, die Palästinenser sowie andere regionale Akteure.“

Vor allem in den letzten Monaten hat der Fayyad-Plan eine Eigendynamik entwickelt, die Mahmud Abbas maßgeblich befördert hat. Das Nahziel ist nun ein von der Uno anerkannter Palästinenserstaat; das strategische Ziel bleibt aber die vollständige „Befreiung Palästinas“, was nichts anderes bedeutet als die Zerstörung Israels. Dass diese Taktik bereits erste Folgen für das Handeln der palästinensischen Seite gegenüber Israel zur Folge hatte, lässt sich beispielsweise an den gescheiterten Verhandlungen zwischen Abbas und dem israelischen Premierminister Netanyahu aufzeigen. Das Kalkül der palästinensischen Seite lautete dabei: Wozu und worüber verhandeln, wenn 2011 ohnehin ein palästinensischer Staat ausgerufen wird? Zumal das Scheitern der Gespräche einmal mehr alleine der israelischen Seite angelastet wurde – und das, obwohl die Palästinenser neun Monate eines historisch einmaligen zehntonatigen Siedlungsbaumatoriums verstreichen ließen, bevor sie Verhandlungen überhaupt zustimmten, und obwohl Netanyahu sich als erster dem Likud angehörender Premierminister zu einem palästinensischen Staat bekannte. Die Ablösung „moderater“ palästinensischer Kräfte wie Salam Fayyad ist sodann nicht nur möglich, sondern vielmehr folgerichtig und wahrscheinlich.

Dennoch unterstützen auch internationale Organisationen diese Strategie. So gaben beispielsweise die beiden größten internationalen Geldgeber der PA, der Internationale Währungsfond und die Weltbank, den Palästinensern im April dieses Jahres grünes Licht für die Ausrufung ihres Staates und bescheinigten Salam Fayyad, sein Ziel erreicht und quasi-staatliche Strukturen geschaffen zu haben. Der IWF bestätigte in einem Report, dass die Autonomiebehörde fähig sei, jene solide Wirtschaftspolitik zu betreiben, die von einem zukünftigen, gut funktionierenden palästinensischen Staat erwartet würde. Zudem hatte der Währungsfonds eine klare politische Botschaft an Israel: Um die wirtschaftliche Entwicklung in den palästinensischen Gebieten zu stärken, solle die israelische Regierung alle Restriktionen gegenüber dem Gazastreifen so bald wie möglich beenden.

---

Die Weltbank schlug in ihrem Bericht zur Westbank und zu Gaza in die gleiche Kerbe. Einerseits unterstützt sie darin die Ausrufung eines palästinensischen Staates, indem sie der PA bescheinigt, in ihrem Aufbau von Institutionen und der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen so weit zu sein, dass sie für die Gründung eines Staates in naher Zukunft sehr gut positioniert sei. Andererseits bemängelte die Weltbank in ähnlichen Worten wie der IWF, dass eine wirkliche florierende Privatwirtschaft nicht entstehen könne, solange Israel den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Märkten einschränke und Investoren aufgrund der zusätzlichen Kosten, die durch die Blockade Gazas entstünden, von Investitionen abhalte. Es scheint fast überflüssig zu betonen, dass der Terror aus Gaza und im Westjordanland mit keiner Silbe erwähnt wurde; auch die bestehende Rechtsunsicherheit aufgrund des islamistischen Bandenwesens in Gaza wurde nicht als ein Haupthindernis identifiziert.

Ähnlich sieht es im Bereich der Politik aus, wo nahezu alle Zeichen für einen palästinensischen Staat auf grün stehen – ungeachtet des Bündnisses zwischen der Fatah und der terroristischen Hamas. Weil die Gotteskriegerpartei weder ihre Vernichtungsabsichten gegenüber dem jüdischen Staat noch ihre Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit Israel auch nur im geringsten einschränken muss, ist sie ihrer diplomatischen Anerkennung ein großes Stück nähergekommen. Nicht wenige Vertreterinnen und Vertreter westlicher Regierungen werden sich künftig mit Ministern einer antisemitischen Terrororganisation an einen Tisch setzen, und manche scheinen darüber nicht einmal besonders unglücklich zu sein. Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy beispielsweise hat bereits angekündigt, der Ausrufung eines Palästinenserstaates selbst dann zuzustimmen, wenn sie einseitig erfolgt. Die Bundesregierung unterstützt ein solches Vorhaben bislang zwar nicht; dennoch verlief das Treffen zwischen der Bundeskanzlerin und dem Palästinenserpräsidenten Anfang Mai in Berlin überaus harmonisch, zumal Angela Merkel jegliche Kritik am Bündnis zwischen Fatah und Hamas vermied.

Einige Angehörige der schwarz-gelben Koalition gingen sogar noch weiter und begrüßten den Schulterschluss der beiden größten Palästinenserorganisationen ausdrücklich. Rainer Stinner beispielsweise, außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, fand, der Pakt sei ein „wichtiger Schritt für den Friedensprozess“. Joachim Hörster (CDU), Vorsitzender der Parlamentariergruppe für die arabischsprachigen Staaten des Nahen Ostens, schloss sich an: „Eine Einigung ist die Voraussetzung für einen unabhängigen Palästinenserstaat.“ Und sein Parteikollege Andreas Schockenhoff, Vizefraktionschef der Unionsfraktion im Bundestag,

---

warnte die israelische Regierung davor, „nicht erfüllbare Vorbedingungen für eine Zusammenarbeit mit der künftigen Palästinenserregierung aufzustellen“. Zumal die Kooperation zwischen der Hamas und der Fatah für Israel kein großes Problem darstelle, schließlich behalte die Fatah „die alleinige Zuständigkeit für den Friedensprozess mit Israel, da hat die Hamas keine Mitsprache“. Da kann man nur sagen: Wer’s glaubt, wird selig.

Wieder einmal blieb es dem Zentralrat der Juden in Deutschland vorbehalten, grundlegende Wahrheiten auszusprechen: „Herr Abbas hat gerade in diesen Tagen diese neue fatale Verbrüderung mit der Hamas vollzogen“, sagte der Zentralratspräsident Dieter Graumann in einem Interview des Deutschlandfunks, „und die Hamas ist für uns das, was sie immer war: eine mörderische, hoch kriminelle und brutale, blutige Terrortruppe“. Deshalb habe er auch das geplante Treffen mit dem Palästinenserpräsidenten abgesagt, um „diesem komischen Verbrüderungsprozess nicht auch noch einen Anschein von Legitimität zu verleihen“. Die Forderung, Israel müsse sich nun auch mit der Hamas an einen Tisch setzen, wies Graumann ebenfalls zurück: „Soll Israel mit anderen darüber sprechen, wie die eigene Existenz ausgelöscht werden kann? Die Hamas-Charta sagt bis heute nicht nur, dass Israel vernichtet werden soll, sondern dass alle Juden getötet werden sollen. Die Hamas hat in Gaza ein beinhartes Regime errichtet, freiheitsfeindlich, frauenfeindlich, gegen Homosexuelle.“

### **Statt eines Fazits**

Um es also deutlich zu sagen: Wenn nun die alten, korrupten, verbohrten palästinensischen Machteliten wieder das Ruder übernehmen und Ende September vor der Uno einseitig einen palästinensischen Staat ausrufen, werden die Folgen verheerend sein – und sie werden sich sogar noch verschlimmern, sollte die Hamas die nächsten gesamtpalästinensischen Wahlen gewinnen. Israel hat, wie schon erwähnt, bereits die finanziellen Zuwendungen an die PA eingefroren und bekräftigt, zu keinerlei Verhandlungen mit einer palästinensischen Führung bereit zu sein, der eine Terrororganisation angehört, die den jüdischen Staat zu vernichten trachtet. Auch mit der ökonomischen und kulturellen Blüte in der Westbank dürfte es recht bald wieder vorbei sein.

Der Pakt zwischen der Fatah und der Hamas schadet also nicht nur Israel, sondern auch den Palästinensern. Zwar hätte es zweifellos auch zwischen Salam Fayyad und der israelischen

---

Regierung noch heftigen Streit gegeben, wenn der palästinensische Premierminister seinen unilateralen Plan tatsächlich eins zu eins weiterverfolgt hätte. Doch wäre die Gesprächsgrundlage eine andere gewesen, als sie es jetzt ist. Und dass außerhalb Israels kaum jemand das Bündnis zwischen der korrupten Fatah und der terroristischen Hamas geißelt oder gar diplomatischen Druck auf die Palästinenser ausübt, spricht Bände.

Die Bevölkerung in den Autonomiegebieten scheint den Kurs der palästinensischen Führung übrigens mitzutragen, wie eine repräsentative Umfrage zeigt, die das renommierte Forschungsinstitut Greenberg Quinlan Rosner in Kooperation mit dem in der Westbank ansässigen Palestinian Center for Public Opinion (PCPO) durchgeführt hat. Demnach lehnen 61 Prozent der Palästinenser eine Zweistaatenlösung rundweg ab; gar 66 Prozent sind der Ansicht, dass es das eigentliche Ziel der Palästinenser sein müsse, mit einer Zweistaatenlösung zu beginnen, dann aber dazu überzugehen, einen einzigen, ausschließlich palästinensischen Staat zu schaffen. 62 Prozent befürworten es, israelische Soldaten zu entführen und als Geiseln zu nehmen; 72 Prozent glauben, dass es keine mehrtausendjährige jüdische Geschichte in Jerusalem gibt. 73 Prozent stimmen einem auch in der Charta der Hamas zu findenden Hadith – also einer islamischen Überlieferung – zu, in dem es heißt: „Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!“ 80 Prozent schließen sich einem weiteren Auszug aus der Charta der Hamas an, demzufolge es der Bataillone aus der arabischen und islamischen Welt bedarf, um die Juden zu besiegen. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Mehrheit der Palästinenser noch immer weit davon entfernt ist, die Israelis als Nachbarn und Israel als jüdischen Staat zu akzeptieren. Angesichts dessen ist es bemerkenswert, dass eine deutliche Mehrheit der Israelis nach wie vor eine Zweistaatenlösung sowie weitere Konzessionen gegenüber den Palästinensern befürwortet. Gedankt wird ihnen diese Haltung von palästinensischer Seite jedenfalls nicht.